

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Die UMBAWIKO befasste sich mit Energievorstössen**

**Solothurn, 5. Oktober 2011 – Die kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission befasste sich mit einem ersten Teil der im Kantonsrat eingereichten Energievorstösse im Nachgang zur Reaktor-katastrophe Fukushima.**

Unter der Leitung ihres Präsidenten Markus Grütter (FDP.Die Liberalen; Biberist) stimmte die UMBAWIKO entgegen dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung dem Auftrag der SP-Fraktion zu, das Richtplanverfahren für ein neues Kernkraftwerk im Niederamt (KKN) abzurechnen. Die Mehrheit der Kommission erachtet dies als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung und ein Signal, den vom Bund als Weichenstellung vorgegebenen Atomausstieg anzugehen.

Der Auftrag der SP, eine Standesinitiative für den Ausstieg aus der Atomenergie zu lancieren, ist durch den Beschluss des Bundes, künftig die Stromversorgung der Schweiz ohne Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke anzugehen, überholt. Die UMBAWIKO folgte mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung.

Die Forderung des Auftrags der Grünen für den unverzüglichen Rückzug des Rahmenbewilligungsgesuchs der Alpiq für den Neubau Gösgen II lehnt eine knappe Mehrheit der UMBAWIKO ab. Sie schliesst sich der Meinung des Regierungsrates an, dass die Rolle des Kantons als Teil des regulierenden Systems von der Rolle als Eigentümerin zu trennen sei.

Zwei weitere Aufträge aus den Reihen der SP fordern, dass die Kernkraftnutzung sowie die Förderung von erneuerbaren Energien in die Kantonsverfassung aufgenommen werden sollen. Die Mehrheit der UMBAWIKO ist jedoch wie der Regierungsrat der Ansicht, dass diese Anliegen nicht auf Verfassungsebene zu regeln sind.

Unbestritten ist in der UMBAWIKO, dass es sinnvoll und effizient ist, dass der Staat neue Technologien im Bereich erneuerbare Energien mit Förderinstrument und Anpassungen bei den Rahmenbedingungen unterstützt, wie es ein CVP-Auftrag fordert. Bereits heute besteht ein Förderprogramm, das als „rollendes Programm“ ausgestaltet ist, welches der zuständigen Energiefachstelle erlaubt, Förderbeiträge bei ändernden Rahmenbedingungen rasch und zielgerichtet anzupassen. Ebenfalls war in der Kommission ein Auftrag der glp unbestritten, dass in Zukunft bei baulichen Massnahmen an Gebäuden zur Steigerung der Energieeffizienz auf die Erhebung von Gebühren verzichtet werden soll.

Diese Energievorstösse werden voraussichtlich in der Novembersession im Kantonsrat behandelt.